



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 1993

---

**Vom "Luftkriegshorror" zur Aktion "1000 Flugzeuge": das  
spannungsgeladene Verhältnis der Linken zur Armee und zu  
Rüstungsvorlagen vor dem 2. Weltkrieg**

Jaun, Rudolf

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-200935>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Jaun, Rudolf. Vom "Luftkriegshorror" zur Aktion "1000 Flugzeuge": das spannungsgeladene Verhältnis der Linken zur Armee und zu Rüstungsvorlagen vor dem 2. Weltkrieg. In: Tages-Anzeiger, 21 May 1993, 2.

# Vom «Luftkriegshorror» zur Aktion «1000 Flugzeuge»

Das spannungsgeladene Verhältnis der Linken zur Armee und zu Rüstungsvorlagen vor dem 2. Weltkrieg

Im Jahr 1930 hat die Beschaffung von Militärflugzeugen bereits einmal hohe innenpolitische Wellen geworfen. Die damals stramm antimilitaristische SPS bekämpfte die Vorlage. Die Machtergreifung der Nazis leitete bei den Sozialdemokraten einen Umdenkprozess ein, der 1938 in der Unterstützung von Gottlieb Duttweilers Aktion «1000 Flugzeuge» für die Stärkung der Landesverteidigung gipfelte. Heute erinnern Gegner der Stop-F/A-18-Initiative an diese «Kehrtwende». Die SPS kontert, sie lehne die Beschaffung der Kampfflugzeuge ab, weil sie die Gefahrenlage anders einschätze.

■ VON RUDOLF JAUN\*

Im aufstrebenden Gross Zürich des Boomjahres 1906 klebten an Kandelabern und Pissoirs kleine Klebezettel, die auf eine Broschüre mit dem Titel «Der Hofhund des Kapitals» verwiesen. Um den Zürcher Arbeiterarzt Fritz Brupacher war eine antimilitaristische Liga entstanden, die versuchte, eine anarchistisch motivierten Antimilitarismus in die Arbeiterbewegung und insbesondere in die SPS hineinzutragen: Die Armee sollte als Hofhund des Kapitals demaskiert werden.

Abteiler Greulich putzte die Antimilitarismus jedoch mit dem Hinweis ab, dass der Schweizer Arbeiter etwas zu verteidigen habe: Es gehe ihm wirtschaftlich besser als seinen Brüdern in den umliegenden Ländern, und Polizei und Bürokratie seien dort auch nicht besser. Die SPS sprach sich für die Armee aus. Erst zwischen 1917 und 1935 lehnte die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung mit konstanter Mehrheit jährlich für das Jahr das Militärbudget des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) ab und benutzte die Budgetdebatte als Plattform zur Demonstration gegen Militarismus und Krieg. Militarismus und Krieg erschienen der SPS-Führung als Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und waren nur durch Überwindung des Kapitalismus zu beseitigen.

## Hohe Offiziere in der SP

Bis zu jenem Parteitagbeschluss von 1917 gestaltete sich das Verhältnis der 1888 gegründeten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) zur Armee offensichtlich wesentlich weniger einheitlich. Von Anfang an zeigte sich in der Partei ein weites Spektrum von militärischen Republikanismen bis zu radikal antimilitaristischen eingestellten Anarchisten. Insbesondere in den Parteiteilungsgrenzen und in der kleinen Vertretung im Nationalrat sass zahlreiche Offiziere der Schweizer Armee – selbst der Parteigründer Albert Steck verfügte über ein Offiziersbrevet.

Als 1901 die Grütländer in die Partei eintraten, nahm diese Tendenz zu, so dass 1908 in der siebenköpfigen Nationalratsfraktion der SPS ein Oberleutnant und drei Hauptleute zu finden waren. Gleichzeitig verstärkte sich innerhalb der SPS der Einfluss des antimilitaristischen und pazifistischen Flügels, insbesondere, weil nach 1900 vermehrt Truppen dazu aufgebaut wurden, Streiks zu brechen. Ausserdem setzten sich in den militärischen Schulen zunehmend skandalöse Erziehungsmethoden Ulrich Willes durch.

1903 gewann die SPS ihr erstes Militärreferendum gegen das sogenannte Maulkrattengesetz, das Zivilisten bestrafen wollte, die Militärpflichtige zur Verletzung von Dienstpflichten aufzufordern. Auch gegen das heute noch gültige Militärgesetz von 1907 ergriff die SPS das Referendum, weil der Truppeneinsatz gegen Streikende nicht ausgeschlossen wurde, verlor jedoch die Volksabstimmung. Im gleichen Zeitraum standen innerhalb der SPS auch erstmals Rüstungskredit und das Militärbudget als Ganzes zur Diskussion: Die SP-Offiziere vermochten jedoch mit ihren Argumenten für «bessere Kanonen» zu überzeugen, und eine Initiative zur Beschränkung der Militärbudgets auf 20 Millionen Franken versandete.

## Die Kehrtwende

Nach grauenhaften Erfahrungen im 1. Weltkrieg und nachdem Soldaten beim Generalstreik von 1918 eingesetzt worden waren, vollzog die SPS gegenüber der Armee eine grundsätzliche Kehrtwende. Die Ablehnung der Militärkredite wurde zum Markenzeichen sowohl der Sozialdemokraten als auch der 1921 abgespaltenen Kommunisten. Als 1929 das EMD 60 Devisen-Jagdflugzeuge und 45 Fokker-Beobachtungsflugzeuge im

## In drei Kolonnen!

### 1 Militärisch Politisch 1000 Militärflugzeuge

Der Schutz gegen Ueberfall und Schutz des Hinterlandes: eine

#### Überparteiliche Volksinitiative

als gewaltige Manifestation nach innen zur Bestärkung unserer Behörden im entschlossenen Aufrufen in der Luft und nach aussen als eindruckliche Kundgebung des mächtigen Wehrwillens des Schweizer Volkes – verbunden mit einer einmaligen 1%igen Wehrabgabe auf dem Vermögen zum Schutz von Leben und Besitz.

### 2 Heranbildung einer Fliegergeneration

1000 Segel- und Sportflieger, um die natürlichweise am besten geeigneten Militärfieger herauszufinden. Nirgends wie in der Luft ist höchste Eignung und Fähigkeit entscheidend. Multiplizierung der Sportflieger durch Eintritt in den Aero-Club und durch Anmeldung der Jungen zum aktiven Miltmachen.

Bereitstellung einer privaten Stiftung von Fr. 500 000 – zu diesem Zweck. (Bereits zugesagt) – Das Schweizer Volk bejaht sich für den höchsten Sport und seine vaterländische Bedeutung – und öffnet seine Hand, um ihn zu fördern.

### 3 Nationale Flugzeug-Industrie

Der schwarze Punkt, die Unfähigkeit der Schweiz, eine Flugzeug-Industrie aufzubauen, wird ausgelöscht. 20 – 30 Mill. aus der «Wehrabgabe» w... zur Errichtung einer hochleistungsfähigen, über das Land verteilten Flugzeugindustrieverwerf zum eigenen Schutz und später für den Export. Lizenzen und Erfolgsanreizen mit wohlgeleiteten ausländischen Industrien. Das Land der Präzisions-Maschinen-Industrie, Feinmechanik nimmt seinen Platz in der eigenen Bewaffnung am Weltmarkt ein.

## Spät – aber durchgreifend!

Stehen wir auf zum Schutz unserer Frauen und Kinder, unserer Städte, Dörfer. Handeln wir: Die Jungen melden sich zum aktiv Miltmachen, die Alten zum Zahlen.

Gottlieb Duttweiler lancierte 1938 eine Aktion für tausend neue Militärflugzeuge, welche die SP-Führung unterstützte. (Insert in der «Tate» vom 29.7.1938)



Volksbegehren (Initiative)  
Illustration aus der «Tate».

Werte von 20 Millionen Franken beschaffen wollte, eröffnete die SPS-Parteigruppen einen Sturm auf gegen die Flugzeugvorlage. Sie sammelten Unterschriften, organisierten zahlreiche Kundgebungen und forderten eine Referendumsabstimmung.

Am 27. Mai 1930 versammelten sich auf dem Zürcher Helvetiaplatz über 5000 Arbeiter, Genossen und Gewerkschafter, um gegen die «Millionen-Verschleuderung» zu protestieren. Der Protest richtete sich nicht nur gegen den 20-Millionen-Kredit, sondern auch gegen die alljährlichen 80 Millionen Militärausgaben: Der «Front des Militarismus» sollte eine geschlossene Kampffront, die Front der Arbeiterschaft, gegenübergestellt werden.

Nationalrat Jakob Kägi sprach der Schweizer Armee jegliche Chance im Kampf gegen den Faschismus ab und verlangte, die 20 Millionen anstatt für Flugzeuge gegen die wachsende Arbeitslosigkeit einzusetzen: «Wenn Mussolini in seinen jüngsten Reden wieder zum Kriege hetzt und die italienische Luftwehr auf 4500 Flugzeuge erhöhen möchte, so beweist gerade das, dass unsere schweizerische Armee gegen einen derartigen Feind, der heute schon 1450 Flugzeuge hat, einfach wehrlos ist. Die Schweiz ist gegen Kriegskräfte, wie sie Italien und Frankreich haben, machtlos. Darum sind die 20 Millionen für die 105 Flugzeuge eine sinnlose Ausgabe... Der bürgerliche Hinweis auf den grossen persönlichen Mut der Schweizer ist eitel. Was nützt uns unser persönlicher Mut, wenn der Feind beispielsweise die Stadt Zürich mit Giftgasen in wenigen Minuten kaputt machen würde? Nichts!»

Die Angst vor einem «Gaskrieg» führte dazu, dass damals viele Menschen die rasch voranschreitende Militärtechnologie im Bereich der Panzer, der Artillerie und der Kampfflugzeuge als irrelevant und nutzlos betrachteten. In der entschei-

denden Nationalratsdebatte im Juni 1930 unterlag die SP-Fraktion mit 39 zu 177 Stimmen und brachte auch die Referendumskausal nicht durch. In den folgenden Jahren verbesserte sich das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zur Armee keineswegs. Insbesondere die Genfer Blutnacht vom 9. November 1932, als eine dilettantisch geführte Rekrutenkompanie 13 meist friedliche Bürger einer Arbeiterdemonstration erschoss, liess die Gefühle der Arbeiterbewegung gegenüber der Schweizer Armee auf den Gefrierpunkt sinken.

## Die Orientierungskrise

Die frühen dreissiger Jahre erwiesen sich in vielfacher Hinsicht als Krisenjahre, nicht nur als Jahre der Wirtschaftskrise, sondern auch einer Orientierungskrise. Spätestens die Machtergreifung der Nationalsozialisten Anfang 1933 machte klar, dass der auf Kampf der Völker und Rassen eingetragene Faschismus zu einem erneuten «Grossen Krieg» führen würde.

Dennoch wurde in der Schweiz vorderhand darauf verzichtet, das Militärbudget massiv aufzustocken und den Anschluss an die damals moderne Waffentechnologie herzustellen. Einerseits war die bürgerliche Spaltpolitik und andererseits das Festklimmen an überkomme-

nen Verteidigungskonzepte dafür verantwortlich. Um die Armee zu verstärken, forcierte die Armeeleitung statt dessen ab 1930 den kostengünstigeren Ausbau des Grenzschutzes und der Geländeverstärkungen. Die bewegliche Infanterie sollte den Gegner überraschend anfallen und an den befestigten Schlüsselstellen aufhalten. Den möglichen Durchbruch luftunterstützter Panzerverbände fürchtete man nicht, da Panzer immer noch als Unterstützungswaffe der Infanterie und nicht als selbstständig operierende Verbände angesehen wurden.

Die Beschaffung von Panzern war tabu: Es schien ausserhalb der technischen und psychologischen Reichweite der Schweizer Armee zu liegen. Die Militärs wollten sich auf die Wehrklinien im Grenzraum und auf Feldbefestigungen im Mittelland stützen. Niemand gab sich Rechenschaft, dass eingebrachte Panzerverbände nur durch ebenbürtige Formationen zerlagern werden konnten. Der Bau von Geländeverstärkungen und die Bildung eines permanenten Grenzschutzes hatte demgegenüber den Vorteil, dass er auch als rasch realisierbare Massnahme gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden konnte. Zudem halfen die Geländeverbahrungen nicht der Geruch einer Angriffswaffe an.

Bis zu einem gewissen Grad bildete diese Art von Massnahmen auch eine Brücke zur sozialdemokratischen Führung, die seit 1933 eine Änderung ihrer Haltung gegenüber der Armee zu erwägen begann. Die grundsätzliche Anerkennung der Landesverteidigung durch den SP-Parteilager von 1935 musste die Parteiführung durch eine lange dauernde und differenzierte interne Kommunikationsarbeit herbeiführen, ohne dabei das eigene gesellschaftstheoretische Orientierungsgesamt zum Einsturz zu bringen. Die Unterstützung der Landesverteidigung musste als Wechsel auf die Zukunft dargestellt werden: Eine Vertei-

digung des bürgerlich-demokratischen Staates gegenüber dem Faschismus liess die Chance offen, mit Unterstützung des Mittelstandes demokratisch an die Macht zu kommen und in einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft die Klasseninteressen der Arbeiterschaft durchzusetzen.

## Für 1000 neue Flugzeuge

Noch schwieriger erwies es sich, die starke innerparteiliche Opposition des Pazifismus zu überwinden, der auch gegenüber dem Faschismus auf alle Gewaltvermeidung verzichten wollte. «Die Frage der Gewalt kann nicht vom Standpunkt der Gewaltlosigkeit aus beurteilt werden. Denn die Idee der Gewaltlosigkeit als Richtlinie für das Verhalten in der heutigen Gesellschaft, in der die Gewalt eine so ungeheure Rolle spielt, würde dazu führen, dass diejenigen, welche eine bessere, im Sinne der Gewaltlosigkeit liegende Entwicklung anstreben, die Gewalt restlos in die Hände der Gewalttätigen und damit jenen legen, welche die heutigen Zustände verewigen wollen und so diese Zustände während verschleierten... Die Gewalt in den Händen der Gewalttätigen, der Unterdrückten, ist nicht nur für die Betroffenen, für die Unterdrückten und die grossen Massen ein Unheil, sondern auch für die Gesellschaft selbst.» So Arthur Schmid in der «Roten Revue».

Eine Unterstützung der Armee und der Landesverteidigung konnte bei der Parteibasis nur durchgesetzt werden, wenn auch eigene Konzepte der militärischen Landesverteidigung entwickelt wurden. Nicht zuletzt, w i man den schweizerischen Generalstab für faschistisch infiziert hielt und an seiner demokratischen Gesinnung zweifelte. Parteipräsident Ernst Reinhard drückte dies so aus: «Die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei trägt auch Schuld daran, dass wir es in der Wehrfrage äusserst schwer haben, zu eigenen Lösungen zu kommen. Man ist entweder Antimilitarist – oder man ist Mann des Generalstabes... Wir wollen die Verteidigung der Demokratie, er will das Gegenteil. Darum brauchen unsere Mittel nicht die seinen zu sein. Wir müssen den Mut haben, wie Jaures (franz. soz. Politiker) es vor bald 30 Jahren hatte, ein eigenes Wehrsystem auszuarbeiten und uns danach einzustellen. Wir wollen die andern gesellschaftlichen Grundlagen der Armee – und darum wollen wir auch andere Kräfte, die in ihr wirken».

Die Arbeit an der Einlösung dieses Anspruchs zeigte sich als äusserst schwierig, zumal im Gegensatz zur Bundesversammlungsfraktion die Parteibasis auch nach 1935 Militärkredite in die Unterstützung versagte. So verwundert es nicht, dass die SP-Führung die 1938 von Gottlieb Duttweiler gestartete Aktion «1000 Flugzeuge» unterstützte. Diese mit allen Mitteln der Öffentlichkeitsrelation gestartete Flugzeuginitiative zur Beschaffung von 1000 Kampfflugzeugen ermöglichte der SPS, zusammen mit dem LdU gegenüber der Armeeführung eigene Militärlizenzen zu vertreten und zugleich die längst geforderte Mehrbelastung des Kapitals zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten zu verlangen.

Die von Duttweiler ausgelöste Aktion «1000 Flugzeuge» war weit mehr als eine spröde Rüstungsinitiative. Duttweiler hatte erahnt, dass dem Fliegen und den Flugkörpern eine symbolische Bedeutung zukunfte, die besetzt werden konnte und mit der sich eine Bewegung auflösen liess. Unter dem Motto «Die Jungen melden sich zum aktiv Miltmachen, die Alten zum Zahlen (1% vom Vermögen)» lancierte er eine Volksbewegung. In einer gross angelegten Kampagne wurden Tausende von männlichen Jugendlichen zur Fliegerausbildung oder auch nur zum Modellbau animiert. Am 2. September 1938 meldete Major Barthel das Jungschweizer Fliegerbattillon Nr. 1 dem EMD. Liessen sich 1929 Kampfflugzeuge noch dämönisieren und als Träger des totalen Gaskrieges darstellen, so liess sich 1939 mit der Volksinitiative, welche als zentrale Forderung 1000 Flugzeuge für die Landesverteidigung verlangte, Hoffnung auf einen erfolgreichen Widerstand wecken. Dieser Faszination mochte sich selbst der Parteitag der SPS von 1939 nicht entziehen. Er unterstützte die Initiative einstimmig. Nachdem gegen 1000 Unterbreitungen gesammelt waren, wurde die Initiative nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gar nicht mehr eingereicht. Weder der Aufbau einer eigenen Flugzeugproduktion noch ein Ankauf in der USA erwiesen sich als realistisch.

\* Rudolf Jaun ist Historiker mit den Schwerpunkten Sozialgeschichte des Managements und des Militärs.

## Öffentliche Protestversammlung in Zürich gegen den 20 Millionen-Fliegengeldkredit

Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr auf dem Helvetiaplatz, Zürich 4.  
Bei jedem Wetter, im Winterfall des Helvetiaplatzes.

Es sprechen die Genossen:

Ernst Bloch, Zürich,  
Paul Greber, Reuenburg, Präsident des Nationalrates,  
Jakob Kägi, Erlenbach.

## Die Sozialdemokratische

wird allen Teilnehmern an der Versammlung ermöglichen, die Reden deutlich zu verstehen.

## Mitwirkung der Arbeitermilitär Zürich.

Arbeiter, Genossen und Gewerkschafter, erhebt in Reihen zum Protest gegen die neuen Ausgaben des Militärbudgets.

Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich.  
Gewerkschaftskartell Zürich.

Im Jahre 1930 wehrte sich die SP gegen den Kauf von Flugzeugen im Wert von 20 Millionen Franken und ruft im «Volksrecht» vom 24. 5. 1930 zum Protest auf.

## Der Heine Gernegob.



«Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Ich habe zehntausend Flugzeuge!» Der andere: «Lass gut sein Kleiner, ich habe fünftausend!» (Karikatur aus dem «Volksrecht»)